



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Neubau Showroom mit Werbeauftritt auf eigenen LKW

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## **H+I-Präsident:**

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## **H+I-Geschäftsführer:**

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## **Kasse:**

Schwyzner Kantonalkbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## **Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:**

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## **Gesamtverantwortung**

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck|media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## **Sekretariat Wirtschafts- wochen:**

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

**aa**

aa

aa

### Grosser Andrang an Tischmesse

An der 7. Tischmesse im Mythen Forum in Schwyz haben sich am 12. Januar 116 Aussteller unterschiedlicher Grösse beteiligt, zwölf mehr als im Vorjahr. Diese Ausstellung, bei der sich die beteiligten Unternehmen auf einer Fläche von einem Quadratmeter (einem Tisch) präsentieren können, werde «immer gefragter», sagte Volkswirtschaftsdirektor Kurt Zibung am Anlass. Immer wichtiger werde die Vernetzung und die Kontakte, die dabei geknüpft würden. Die Tischmesse werde aufgrund der grossen Nachfrage «irgendwann über den Tisch hinauswachsen», sagte Zibung und gar nicht mehr genügend Platz im Mythen Forum finden. 17 Aussteller stammten aus der IT- und Versicherungsbranche, 15 aus dem Bauhaupt- und Nebengewerbe, 28 aus der Industrie und Technologie, 16 aus dem Tourismus. Auch attraktive Neuigkeiten waren zu sehen: raffinierte Alarmsysteme, neuartige Solar-Panels, energiesparende Lichttechnik, ökologische Innovationen und komplexe Angebote in Beratung und Betreuung. Träger der Tischmesse sind der Kantonal-Schwyzerische Gewerbeverband und der Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz (H+I).

### Gute Noten für den Wirtschaftsstandort Kanton Schwyz

Die Credit Suisse hat die regionale Konjunktur und die Standortqualität des Kantons Schwyz umfassend analysiert. Die Studie kommt zum Schluss: Der Kanton Schwyz ist im nationalen und internationalen Standortwettbewerb bestens positioniert und erweist sich als konjunkturresistent. Als erfolgreicher Wohn- und Wirtschaftsstandort bekannt, decke Schwyz mit seinem schlanken Staatsapparat und einer langjährigen Tiefststeuerpolitik «gnadenlos» die wirtschaftlichen Schwächen der anderen Kantone auf. Schwyz zähle zu den ressourcenstarken Kantonen, weise ein hohes Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum auf und habe sich als bevorzugter Standort für zuziehende ausländische Unternehmen etabliert. Die steuerlichen Rahmenbedingungen und die hohe verkehrstechnische Erreichbarkeit hätten dazu geführt, dass Schwyz zu den Spitzenreitern in der Standortqualität gehöre. Zwar entwickle sich Pfäffikon immer mehr zum kantonalen Wirtschaftszentrum, die Schwyzer Wirtschaft bleibe aber auf die grösseren Zentren Zürich, Zug und Luzern ausgerichtet. Die Kehrseite: Für den breiten Mittelstand werde es schwieriger, ein gewünschtes Wohnobjekt zu finanzieren, vor allem in den Bezirken Höfe

und Küsnacht. Diese Dynamik breite sich allmählich Richtung March aus.

### Wirtschaftsstudium immer attraktiver

Im aktuellen Schuljahr besuchen 1450 Schwyzer eine universitäre Hochschule, 1100 entschieden sich für eine Fachhochschule (FH). Das geht aus der neuesten Mittel- und Hochschulstatistik hervor, die Mitte September erhoben und nun veröffentlicht wurde. Populär war unter den FH-Studenten das Fach Wirtschaft, welches 27 Prozent der 1100 Schwyzer des Fachhochschulbereichs belegten sowie das Themenfeld «Technik und IT» mit 15 Prozent. Der mit Abstand beliebteste Studienort ist weiterhin Zürich, sowohl bei den Universitäten, bei den ETH-Absolventen wie bei den Fachhochschulen. Bei den Universitäten liegen die Wirtschafts- und Naturwissenschaften im Trend und verzeichnen eine hohe Nachfrage. Der Frauenanteil an den Unis und der ETH liegt (bei den Schwyzerinnen) bei 47,5 Prozent.

### Technologiezentrum Steinen wird ausgeweitet

Der Anschluss an die aktuelle Technologie ist auch für KMU-Betriebe überlebenswichtig. Kontakte zu wissenschaftlichen Ergebnissen, zu Forschung und Entwicklung sowie ständige Innovation sind existenziell. Weil ein Kleinbetrieb nicht selber eine Forschungsabteilung führen kann, ist auf Veranlassung des Kantons vor sieben Jahren mit Sitz in Steinen ein Technologiezentrum (TZ) gegründet worden. Es hat seine Aufgabe und Zielsetzung sehr gut erfüllt, hat neue Unternehmen angesiedelt und begleitet, Innovationsprojekte lanciert und unterstützt und vor allem Wissens- und Technologietransfer ermöglicht. Das TZ Steinen funktioniert als Bindeglied zwischen der KMU-Ebene und den Hochschulen, Fachhochschulen, Forschungszentren und Universitäten. Jetzt soll das TZ Steinen erweitert werden. Der Vorstand des Trägervereins hat beschlossen, dass die Tätigkeit auf das ganze Kantonsgebiet ausgedehnt wird. Es wird künftig als TZ Schwyz auftreten. Der Trägerverein, dem neben dem Kanton auch die Schwyzer Kantonalbank, mehrere Gemeinden und Bezirke sowie eine grössere Anzahl von Firmen angehören, wird an der Generalversammlung im April über diese Ausweitung beschliessen. Sie wird unbestritten sein.

## Swiss Award für Carl Elsener

Die Firma Victorinox heimst dank ihren innovativen Produkten Preise gleich reihenweise ein. Jetzt hat es den Chef «erwischt». Carl Elsener jun. wurde vom Publikum des Schweizer Fernsehens am 14. Januar zum «Unternehmer des Jahres» gewählt – vor Swiss-CEO Harry Hohmeister und Peter Spuhler von der Stadler Rail AG. Bei der Preisübergabe sagte SBB-Chef Andreas Meyer: «Ich bin beeindruckt, wie Sie (Elsener) mit den Mitarbeitern umgehen. Sie haben in ihrer gesamten Wirtschaftsgeschichte keinen einzigen Mitarbeiter entlassen.» Die Victorinox ist mit ihren 550 Mio. Franken Umsatz (im Jahr 2011) immer noch eine grosse Familie. Diese Firmenphilosophie war in Elseners Dankesworten spürbar. Ihn erfülle der Abend mit Dankbarkeit, sagte der medienscheue Geschäftsführer der Messerfabrik. Insbesondere dankte er seinem Vater, der im laufenden Jahr seinen 90. Geburtstag feiert und immer noch im Büro anzutreffen ist.

## Massiv mehr Konkurse 2011

Die Wirtschaftslage hat im letzten Jahr im Kanton Schwyz den Betreibungsämtern einiges an Mehrarbeit beschert. Wie aus einer Anfang Januar veröffentlichten Erhebung der Wirtschaftsankunftei Dun & Bradstreet (D&B) hervorgeht, mussten im Kanton Schwyz 189 Konkursverfahren über Firmen eröffnet werden. Das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 25 Prozent. In der gesamten Schweiz nahmen die Konkursöffnungen um lediglich 6 Prozent zu. Von den 189 Konkursen betrafen jedoch lediglich 91 – also rund die Hälfte – insolvente (zahlungsunfähige) Firmen. Dadurch sinkt die Zunahmsrate im Vergleich zum Vorjahr auf 18 Prozent. Die übrigen 98 Konkursverfahren wurden im Kanton Schwyz aufgrund einer seit 2008 geltenden Gesetzesbestimmung bei nicht insolventen Firmen wegen Organisationsmängeln durchgeführt. Dazu gehören solche Firmen, die beispielsweise ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben haben und ihre Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anordnen.

## 775 Firmen mehr innerhalb eines Jahres

Der wirtschaftliche Strukturwandel im Kanton Schwyz lässt sich jedes Jahr am zuverlässigsten am Handelsregister messen. Dort muss sich eintragen lassen, wer eine Firma gründet, wer mit einem Unternehmen in den Kanton Schwyz zieht und wer generell wirtschaftliche Aktivitäten ab einem gewissen Mass entfaltet. Letztes Jahr ist der Bestand an Unternehmen

im Kanton Schwyz von 13 240 auf 14 015 angewachsen. Das sind doppelt so viele wie 1998. Auch deutlich mehr als in den drei anderen Urkantonen zusammen und fast gleich viele wie im wirtschaftsstarken Kanton Basel-Stadt. Alle Löschungen, Fusionen und Wegzüge abgerechnet, ist die Zahl an Schwyzer Firmen netto um 775 gestiegen. Pro Arbeitstag sind im Kanton täglich 3,5 Unternehmen neu hinzugekommen.

## Saisonal bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Gemäss des kantonalen Amtes für Arbeit waren im Kanton Schwyz Ende Jahr 1253 Arbeitslose registriert. Dies entspricht gegenüber dem Vormonat einer Zunahme von 119 Personen. Die Arbeitslosigkeit stieg damit auf 1,8 Prozent. Auch die Anzahl der bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren Lachen und Goldau eingeschriebenen Stellensuchenden hat um 101 Personen auf 2049 zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich jedoch ein positives Bild. Ende 2010 wurden mit 1561 über 300 mehr Arbeitslose gezählt. Bei den Stellensuchenden waren es mit 2525 fast 500 mehr. Nach Wirtschaftszweigen wird ersichtlich, dass vor allem das Baugewerbe saisonal bedingt für den Anstieg im Dezember 2011 verantwortlich ist. Ende Dezember waren es 133 gegenüber 47 im November. Der am stärksten betroffene Wirtschaftszweig ist nach wie vor das Gastgewerbe mit 194 Arbeitslosen.

## Henseler Aufzüge wurde verkauft

Der Liftbauer AS Aufzüge hat die Konkurrentin Henseler Aufzüge mit Sitz in Küsnacht gekauft. Wie viel sich die Tochter des Schindler-Konzerns die Übernahme kosten lässt, gibt sie nicht bekannt. Der Firmensitz sowie der Produktionsstandort von Henseler in Küsnacht bleiben bestehen und werden noch ausgebaut, wie AS Aufzüge Mitte Januar mitteilte. Auch die Arbeitsplätze blieben erhalten. Die Produkte der beiden Unternehmen ergänzten sich ideal, erklärte Martin Wetzler, Marketing-Leiter bei AS Aufzüge, gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Während seine Firma auf individuelle Lösungen spezialisiert sei, biete Henseler standardisierte Systeme an. Zur Produktpalette von Henseler gehört das Aufzugssystem «Magic», welches erlaubt, auf den Dachaufbau gänzlich zu verzichten. Bei Henseler arbeiten derzeit 150 Personen. Der Käufer AS Aufzüge, der aus dem Zusammenschluss von Schindler-Tochterfirmen entstanden ist, beschäftigt 650 Mitarbeitende.

### Ausserschwyzler entwickelt Langlaufski

Seit Ende Dezember ist der erste Ausserschwyzler Langlaufski erhältlich. Entwickelt wurde das Gerät während zwei Jahren vom ehemaligen Spitzenlangläufer Edgar Steinauer, Inhaber der Firma Roletto in Schindellegi. Das ehemalige Mitglied der Schweizer Langlauf-Nationalmannschaft fand in der Firma Salomon einen idealen Partner. Die Firma brachte das Wissen für den Skibau ein und übernahm die Herstellung, Steinauer war für die Feinabstimmung, die er während unzähliger Testläufe herausgetüftelt hatte, zuständig. So verfügt der Roletto-Ski über eine markantere Führungsrille als vergleichbare Produkte, besticht durch ein eigenes Design und hat einen Innenkern aus Schweizer Holz. Mit 480 Gramm ist der Langlaufski leichter als alle anderen. Zudem wird jeder einzelne Ski auf das Kundengewicht ausgemessen. Die ersten Rückmeldungen von Kunden aus der ganzen Schweiz sind ermutigend, was sich auch in den Verkaufszahlen niederschlägt.

### OC Oerlikon bleibt in Pfäffikon

Der Industriekonzern OC Oerlikon verlegt das Management seines Textilmaschinengeschäfts nach Shanghai. Das Textil-Segment erwirtschaftet fast die Hälfte des gesamten Konzernumsatzes. 70 Prozent der Maschinen werden in der Wachstumsregion Asien abgesetzt, besonders in Indien und China, wo sie zur Herstellung von Garnen für Bekleidung oder Teppiche verwendet werden. Über die ersten neun Monate dieses Jahres legten die Umsätze in diesen beiden Schwellenländern um bis zu 41 Prozent zu. Bis Ende 2014 sollen die Hälfte der weltweit 6300 Personen zählenden Belegschaft des Textil-Segments in Asien beschäftigt werden. Aktuell sind es 45 Prozent. Am Hauptsitz in Pfäffikon werden keine Stellen abgebaut. Der Industriekonzern kündigte eine Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung auf rund 80 Mio. Franken an. Diese sollen verschiedenen Unternehmensstandorten in Deutschland zugute kommen. Der Konzern zählt weltweit zu den führenden High-tech-Industriekonzernen mit Fokus auf Maschinen- und Anlagebau. Das Unternehmen präsentiert Industrielösungen und Spitzentechnologien für Textilmaschinen, Antriebs- und Vakuumsysteme, Dünnschichtbeschichtungen sowie Nanotechnologien. Es beschäftigt heute mehr als 17 000 Mitarbeiter an über 150 Standorten in 38 Ländern. Der Umsatz des Unternehmens lag im letzten Jahr bei über drei Milliarden Franken. In den

letzten Jahren schrieb der Konzern tiefrote Zahlen und stand wegen seiner Schulden kurz vor dem Konkurs. Eine Rosskur mit Abbau tausender Stellen führte das Unternehmen 2010 wieder in die Gewinnzone zurück. Der Aufschwung setzt sich fort: Im ersten Halbjahr 2011 erzielte OC Oerlikon 83 Mio. Franken Gewinn.

### Im Kanton wohnen acht Milliardäre

Die 300 reichsten Schweizer besitzen zusammen 481 Milliarden Franken. Die geht aus einer Zusammenstellung des Wirtschaftsmagazins «Bilanz» hervor. Von diesen Superreichen residieren 21 im äusseren Kantonsteil von Schwyz. Darunter befinden sich acht Milliardäre. Reichster «Schwyzler» bleibt der Deutsche Klaus-Michael Kühne. Der Mehrheitsaktionär des Logistikkonzerns «Kühne und Nagel» gehört damit zu den zehn Top Ten der Schweiz.

### Bund unterstützt Pfäffiker Quartier

Das umfassende Projekt für das Zentrum «Staldenbach» in Pfäffikon erhält Unterstützung durch den Bund. Das Bundesamt für Energie (BFE) und das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) haben aus 26 von den Gemeinden eingereichten Projekten 18 ausgewählt, die nun bei der Umsetzung von nachhaltigen Vorhaben durch Fachberatung des Bundes unterstützt werden. Neben Freienbach findet sich aus der Zentralschweiz nur noch ein Projekt in Emmen mit auf der Förderliste.

### Führungswechsel in der Faes AG

Christian Walti, Mitinhaber und CEO der Faes AG in Wollerau, tritt aus persönlichen Gründen per Ende Dezember aus dem Unternehmen aus. Sein Nachfolger wird Philippe Morf, der ebenso wie der CFO, Matthias P. Weibel, seit 2005 Mitinhaber der Faes Gruppe ist und bleibt. Nach sieben Jahren als CEO verfolgt Walti neue Ziele. Die Geschäftstätigkeit von Faes erfährt durch den Führungswechsel keine Veränderungen. Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sind überzeugt, mit dem neuen Team hervorragend für die Zukunft gerüstet zu sein.

### Regierung will Ausgabenbremse

Im vergangenen April ist das Budget 2011 um 40 Mio. Franken gekürzt worden. Einen Monat später hat der Kantonsrat einen Massnahmenkatalog für weitere systematische Einsparungen beschlossen. Dazu gehörte auch der Auftrag an die Regierung, eine wirksame Ausgabenbremse einzuführen und dafür die

gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Die Regierung schlägt nun vor, in die geltende Verordnung über den Finanzhaushalt eine Ausgabenbeschränkung einzubauen. Sie sieht vor, dass für einmalige Ausgaben von mehr als 125 000 Franken und wiederkehrende von jährlich 25 000 Franken künftig ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln des Kantonsrates erforderlich sind. Wird dieses Mehr nicht erreicht, ist zwingend eine Volksabstimmung erforderlich. Vor dieser Regelung ausgenommen sind der Voranschlag selber und ausgabenwirksame Sachgeschäfte, die ohnehin dem Volk vorgelegt werden müssen. Der Vorschlag der Regierung ist nun in der Vernehmlassung, die bis 21. März andauert.

### **Im Schlattli entsteht ein «Tor zum Muotatal»**

Die Talstation der geplanten neuen Standseilbahn auf den Stoos wird auf dem hinteren Schlattli-Parkplatz geplant. Gleich danach beginnt die Einfahrt ins Muotatal. Ein idealer Standort an einer stark frequentierten Stelle, um auf sich aufmerksam zu machen. Diese Chance nutzt nun der Tourismus- und Marketingverein «Üsäs Muotital». Entstehen soll ein Kompetenzzentrum, ein «Tor zum Muotatal», mit dem breit über das touristische, gewerbliche und Freizeitangebot der Taltschaft informiert werden soll. Diese kann aus dem Vollen schöpfen, wenn man an das Hölloch, das wilde Bisistal, die Suworow-Geschichte, den Bödmeren-Urwald, Prugel, Husky-Camp, die Sonnenterasse Illgau, das ausserordentlich gut ausgebaute Wander- und Skitourenwegnetz, aber auch an die Traditionen und das Brauchtum denkt. Daneben sollen auch die typischen Muothataler Produkte zum Verkauf angeboten werden. Ziel ist es, Touristen und Gäste möglichst weit vorne im Tal «abzuholen».

### **Sparkasse Schwyz wird 200jährig**

Die Sparkasse Schwyz feiert 2012 ihr 200-jähriges Bestehen. Die Regionalbank mit Sitz in Schwyz beschäftigt 75 Angestellte an fünf Standorten im Kanton Schwyz. Im Geschäftsjahr 2010 erzielte sie bei einer Bilanzsumme von 1,55 Mrd. Franken einen Gewinn von 2,9 Mio. Franken. 1812 hatte Frühmesser Augustin Schibig aus Ibach die «Ersparniskasse des Kantons Schwyz» gegründet und damit den Grundstein für die heutige Sparkasse gelegt. Hintergrund dieser Initiative war, dass einerseits dem damals noch üblichen System der riskanten Bürgschaften oder dem Geldleihen zu Wucherzinsen eine Alternative geboten

werden konnte. Im Jubiläumsjahr sind zahlreiche Aktionen für Kunden und Bevölkerung geplant. Schwerpunkt bildet das Jubiläums-Wochenende vom 18. bis 20. Mai.

### **Hoch-Ybrig AG baut Sesselbahn auf das Laucherenstöckli**

Die Hoch-Ybrig AG setzt ihre Geschäftspolitik der sukzessiven Erneuerung der Anlagen fort. Seit Anfang der 1990er-Jahre, nach dem massiven Kapitalschnitt um 95 Prozent, wurden 45 Mio. Franken investiert. Dank dem guten Geschäftsgang konnte alles aus selber erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Nun plant das Tourismusunternehmen, das 95 Prozent des Ertrages im Winter erwirtschaftet, den nächsten Ausbau. Der bestehende Schlepplift auf Gemeindegebiet Oberiberg von Buoffen auf das Laucherenstöckli wird durch eine moderne Vierersesselbahn ersetzt und bis auf den höchsten Punkt auf 1750 Metern geführt. Die Anlage wird von der Firma Garaventa/Doppelmayr gebaut. Es wird mit Investitionen von gegen sieben Mio. Franken gerechnet. Der neue Sessellift wird in den kommenden zwei Jahren erstellt und auf die Wintersaison 2013/14 in Betrieb gehen.

### **Bauboom bringt 300 Einwohner mehr**

Ende 2008 wurde im Bezirk Gersau die 2000er-Grenze geknackt. Innert 30 Jahren stieg die Einwohnerzahl um 300 an. Doch jahrelang herrschte Stillstand. Nun könnte es innerhalb von wenigen Jahren wiederum zu einem Wachstum kommen. Gemäss Hochrechnung des Säckelmeisters Sepp Camenzind wird die Bewohnerzahl im kleinsten Bezirk des Kantons bis 2015 auf 2440 zunehmen, falls die hängigen Projekte verwirklicht werden können. In der Baubewilligungsphase oder bereits bewilligt sind der Bau von 101 Wohneinheiten.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## Aussenwirtschaftspolitik in einem schwierigen internationalen Umfeld

**Der Bundesrat hat am 11. Januar 2012 den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2011 verabschiedet. Das Schwerpunktkapitel zur Standortbestimmung der Aussenwirtschaftsstrategie steht im Zeichen der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und zeigt, wo der Bundesrat in den kommenden Jahren die Akzente setzen will. Der Bundesrat legt besonderen Wert darauf, in diesem schwierigen internationalen Umfeld die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zu verbessern. Dabei setzt er sich dafür ein, den Zugang zu ausländischen Märkten zu erleichtern. Aber auch innere Reformen und autonome Liberalisierungsmassnahmen sowie ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Partnerländern stehen im Fokus.**

Mit dem Schwerpunktkapitel nimmt der Bundesrat eine Aktualisierung seiner Aussenwirtschaftsstrategie von 2004 vor. Unter Beibehaltung ihrer grundlegenden Ausrichtung beabsichtigt er, in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Stellung der Schweiz in der Welt zu stärken; dies durch Fokussierung auf die drei Dimensionen Marktzugang im Ausland und internationales Regelwerk, Binnenmarktpolitik der Schweiz sowie Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Partnerländern. Auch viele Entwicklungen im Berichtsjahr brachten Fortschritte in diesen Dimensionen.

### Marktzugang im Ausland und internationales Regelwerk

Der Bundesrat beabsichtigt, den Marktzugang und die Wettbewerbsfähigkeit in den Güter-, Dienstleistungs- und anderen Faktormärkten zu verbessern. Ein starkes internationales Regelwerk für die Aussenwirtschaft setzt insbesondere eine starke WTO und ein multilaterales Handelssystem voraus, das Synergien mit anderen internationalen Organisationen (wie

die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), multilaterale Umweltabkommen, IWF, Weltbank und OECD) für eine nachhaltige Weltwirtschaft nutzen kann.

An der WTO-Ministertagung im Dezember konnten die Doha-Verhandlungen nicht abgeschlossen werden. Hingegen wurde der Beitritt Russlands beschlossen. Einen Beitrag zur Eindämmung des drohenden Protektionismus leistet das nach Ausbruch der Finanzkrise eingeführte Verfahren zur Überwachung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Handelsmassnahmen. Die OECD feierte ihr 50-jähriges Jubiläum. Mit verschiedenen Strategien in den Bereichen Innovation, grünes Wachstum sowie Aus- und Weiterbildung will sie einen Beitrag zum weltweiten Wachstum leisten. Dazu intensivierte sie die Zusammenarbeit mit den wichtigsten aufstrebenden Schwellenländern und lancierte die Erarbeitung einer ganzheitlichen Entwicklungsstrategie. Im Berichtsjahr wurden zudem die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen aktualisiert.

Die bilateralen Handelsbeziehungen der Schweiz mit der EU blieben trotz der Schulden- und Währungskrise im Vergleich zum Vorjahr beinahe konstant. Ein wichtiger Grund dafür ist das gute Funktionieren der bestehenden Abkommen (u. a. Freihandelsabkommen von 1972, Bilaterale I und II). Einige laufende Kooperationsdossiers (Emissionshandel, Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden und der europäischen Verteidigungsagentur) wurden vorangebracht. Schwierig blieben die Verhandlungen in anderen Bereichen vor allem wegen ungeklärter institutioneller Fragen. Der Bundesrat verfolgt die Beziehungen zur EU mittels eines gesamtheitlichen und koordinierten Ansatzes mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung des bilateralen Weges.

Bei den Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU sind Fortschritte zu verzeichnen: Im Berichtsjahr traten Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru in Kraft und solche mit Hong Kong und Montenegro konnten unterzeichnet werden. Die Verhandlungen mit Indien und Bosnien und Herzegowina sind weit fortgeschritten. Die Schweiz hat mit China Verhandlungen aufgenommen sowie im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) mit der Zollunion Russland/Belarus/Kasachstan und mit Indonesien. Im 2012 soll dasselbe mit den zentralamerikanischen Staaten und mit Vietnam geschehen. Zunehmende Wichtigkeit erhält die Vertiefung der



bestehenden Abkommen, beispielsweise im Bereich der Dienstleistungen und durch die Anpassung der Landwirtschaftsbestimmungen an neuere Praktiken.

### **Binnenmarktpolitik der Schweiz**

In den letzten Jahren ist der Zugang zu ausländischen Märkten schwieriger geworden, da in vielen Ländern die Tendenz zur Abschottung zunimmt. Zudem schwinden die Möglichkeiten der Schweiz, auf internationale wirtschaftspolitische Entscheide Einfluss zu nehmen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft muss deshalb auch durch innere Reformen und autonome Liberalisierungsmassnahmen erhalten und verbessert werden. Massnahmen beispielsweise im Bereich der Wachstums-, Wettbewerbs-, Landwirtschafts- und Bildungspolitik sollen zu Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen im Inland beitragen und sind zudem Voraussetzung für eine weitere Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Märkten.

### **Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von Partnerländern**

Im Weiteren strebt der Bundesrat an, die Entwicklungsländer besser in die Weltwirtschaft einzubeziehen und ihr nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Ziel ist es, zur dauerhaften Verminderung von Armut und Ungleichheiten und zur effizienten Ressourcennutzung in den Partnerländern beizutragen. Dies geschieht durch die Förderung des Handels und des Privatsektors, die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, den Ausbau städtischer Infrastruktur und Versorgung sowie durch Massnahmen zur Schonung von Klima und Umwelt und zur Ernährungssicherheit.

Im Berichtsjahr hat das Parlament im Bereich wirtschaftliche Zusammenarbeit drei Botschaften gutgeheissen. Sie betreffen die Aufstockung und Verlängerung des Rahmenkredits für die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die Kapitalerhöhung von multilateralen Entwicklungsbanken und die Erhöhung der Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015. Im laufenden Jahr wird das Parlament über die Botschaft 2013-2016 beraten, welche eine neue Strategie für die internationale Zusammenarbeit enthält. Gleichzeitig fasst die Botschaft erstmals alle Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit und die Transitionshilfe (einschliesslich der humanitären Hilfe) zusammen.

(Seco)

## Für 6 Wochen Ferien für alle bezahlen alle

Zurzeit startet die Gewerkschaft Travail.Suisse die Kampagne für ihre Initiative «6 Wochen Ferien für alle», über die Volk und Stände am kommenden 11. März befinden werden. Dazu hat sie eine in den Medien vielbeachtete Umfrage publiziert, die besagt, dass sich fast 90 Prozent der befragten Erwerbstätigen mehr Ferien wünschen als das heute gesetzliche Minimum von vier Wochen. So gefragt, nicht weiter erstaunlich...

Allerdings lässt sich aus der verständlichen Begeisterung für mehr Ferien nicht automatisch auch eine Unterstützung der entsprechenden Initiative ableiten. Schliesslich gaben nur 57 Prozent der Befragten an, für die Initiative stimmen zu wollen. Man kann sich nämlich durchaus theoretisch mehr Ferien wünschen und trotzdem eine praktische Abwägung der wirtschaftlichen Folgen machen.

Für jedes Unternehmen bedeuten mehr Ferien mehr Kosten. Diese können in grossen Unternehmen unter Umständen relativ leicht aufgefangen werden, KMU allerdings – die immerhin mehr als 99 Prozent der Schweizer Unternehmen ausmachen – führt eine längere Abwesenheit der Arbeitnehmer in häufig nicht zu vernachlässigende finanzielle und praktische Schwierigkeiten. Zwei Wochen mehr Ferien heisst, irgendwie einen halben Monatslohn pro Arbeitnehmer kompensieren zu müssen. Die Annahme der Initiative kostete die Schweizer Wirtschaft daher pro Jahr schätzungsweise sechs Milliarden Franken. Und es wäre utopisch zu glauben, dass sie diese Kosten unbeschadet bezahlen kann.

In einer Zeit, in der zahlreiche europäische Länder in einer wirtschaftlichen Krise stecken, sollte sich die Schweiz glücklich schätzen, trotz Schwierigkeiten einiger Branchen, nach wie vor als Insel des Wohlstands zu gelten mit einer bemerkenswert tiefen Arbeitslosenquote und einem ununterbrochenen Prozess der Schaffung neuer Stellen. Dieser Wohlstand ist die Folge von Arbeit, nicht von Ferien.

An dieser Stelle sei ebenfalls erwähnt, dass die Schweizer Arbeitnehmer in Bezug auf Ferien im internationalen Vergleich weit davon entfernt sind, benachteiligt zu werden – Frankreich ist mit fünf Wochen etwas grosszügiger, Deutschland und Italien haben ebenfalls vier Wochen. Vor allem stellen die gesetzlich verankerten vier Wochen ein Minimum dar und viele Unternehmen gewähren freiwillig oder aufgrund von Gesamtarbeitsverträgen mehr Ferien.

Die Verankerung eines gesetzlich massiv höheren Minimums brächte nicht nur einige Unternehmen und Branchen in arge finanzielle Bedrängnis, sondern sabotierte auch die Anstrengungen der verschiedenen Sozialpartnerschaften, die Arbeitsbedingungen zielgerichtet zu verbessern. Diese Abwertung der Sozialpartnerschaft und des freiwilligen Engagements hätte unweigerlich auch Auswirkungen auf die Löhne. Da stellt sich durchaus die Frage, ob es im Interesse der Arbeitnehmer liegen kann, für die Kompensation von 50 Prozent mehr Ferien während Jahren keine Lohnerhöhung mehr – oder gar weniger Lohn – zu erhalten. Gerade in Berufen, in denen man lieber mehr verdiente als weniger arbeitete, dürfte dies nicht der Fall sein.

Wenn es nicht mehr darum geht, in einer Umfrage mitzumachen, sondern sich ernsthaft zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle» zu äussern, müssen sich somit sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber fragen, wo zwischen Freizeit und Arbeit ihre Interessen liegen.

(Centre Patronal)

## Staatsverträge vors Volk

Stärkt die AUNS-Initiative die Volksrechte oder schwächt sie die Schweiz

Mit der Globalisierung und der weltweiten Vernetzung wächst die Anzahl der Regeln, zu denen sich die Staaten gegenseitig verpflichten. So ist in den letzten Jahren auch in der Schweiz die Anzahl der abgeschlossenen Staatsverträge laufend gestiegen. Diese Zunahme ist vor allem auf Verträge mit mehreren Partnern, sogenannte multilaterale Staatsverträge, zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund lancierte die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) eine Volksinitiative zur Erweiterung des obligatorischen Referendums auf alle Staatsverträge, «die:

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen,
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen,
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen,
4. neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.»

Die AUNS will damit die demokratische Legitimation von Staatsverträgen erhöhen und Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz schützen. Aber die Annahme der Initiative hätte gegenteilige Folgen, denn:

- **Staatsverträge sind bereits jetzt demokratisch legitimiert.**

Staatsverträge werden von Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Parlament ausgehandelt, unterzeichnet und ratifiziert. Heute unterliegen Staatsverträge dem fakultativen Referendum. Somit können 50 000 Stimmbürger/innen oder acht Kantone verlangen, dass ein Staatsvertrag dem Volk vorgelegt wird. Seit der Einführung des Staatsvertragsreferendums 1921 hätte 245 Mal das Referendum ergriffen werden können. Von dieser Möglichkeit wurde nur zehn Mal Gebrauch gemacht; erfolgreich waren schliesslich nur zwei dieser Referenden. Folglich genügt die heutige Regelung, um die Legitimität von Staatsverträgen zu garantieren.

- **Die Initiative fördert eine unnötige und teure Abstimmungsflut.**

Pro Jahr müssten aufgrund der Zunahme multilateraler Verträge mindestens acht weitere Abstimmungen durchgeführt werden. Damit könnte eine seriöse Auseinandersetzung der Stimmbürger mit den Verträgen nicht mehr stattfinden, Abstimmungen würden zum Spielball von Interessensgruppen. Anbetrachts der bestehenden Mitsprachemöglichkeit des Volkes und der bisherigen Nutzung derselben lässt sich dieser Aufwand kaum rechtfertigen. Der zusätzliche Aufwand betrüge jährlich bis zu 100 Mio. CHF.

- **Das obligatorische Referendum stärkt die Demokratie nicht.**

Mit Annahme der Initiative würden, mit wenigen Ausnahmen, immer noch gleich viele Staatsverträge dem Referendum unterliegen. Das Referendum wäre aber neu nicht mehr fakultativ, sondern obligatorisch. Das obligatorische Referendum ist ein Resultat der historischen Entwicklung der Schweiz vom Staatenbund zum Bundesstaat und diente ursprünglich der föderalistischen Stärkung der kleineren Kantone. Die Änderung würde also nicht etwa die demokratische Legitimation von Staatsverträgen erhöhen, sondern die föderale Legitimation.

- **Die Initiative schwächt die Verhandlungsposition der Schweiz.**

Multilaterale Verträge entstehen in einem dynamischen Umfeld. Ein Referendumszwang für Staatsverträge würde die Bewegungsfreiheit der Schweizer Vertreter an internationalen Konferenzen zur Aushandlung von multilateralen Verträgen stark einschränken und damit die Verhandlungsposition der Schweiz schwächen.

*(Forum Aussenpolitik foraus)*

## KMU Wirtschaft: klares Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit

Die im November 2011 im Auftrag des sgV durchgeführte, repräsentative Umfrage unter Führungskräften von KMU und Gewerbebetrieben in der deutschen Schweiz wurde anlässlich der 63. Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters vorgestellt. Sie kommt zum Schluss, dass sich die Personenfreizügigkeit bewährt. 62 Prozent der befragten KMU-Geschäftsleitungsmitglieder sehen in der Personenfreizügigkeit eine Chance, während nur ein Fünftel skeptisch ist. Die Bewertung der Bilateralen Verträge als Ganzes ist noch positiver: Für rund drei Viertel überwiegen die Vorteile, nur 13 Prozent sehen darin ein Risiko.

In der aktuellen öffentlichen Diskussion über Wohnungsnot, Verkehrsengpässe und Finanzierungslücken bei der Arbeitslosenversicherung wird oft darüber spekuliert, welchen Einfluss die Zuwanderung hat. Eine deutliche Mehrheit der Befragten – zwischen 53 und 40 Prozent – ortet Probleme in diesen Bereichen, doch nur etwa 15 Prozent sind der Meinung, dass diese Probleme durch die Personenfreizügigkeit verursacht werden. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass in den Augen der KMU Führungskräfte bestehende Missstände durch die Zuwanderung zwar akzentuiert werden, nicht aber Ursache der Probleme sind.

Eine Mehrheit von 71 Prozent ist der Meinung, dass die Abkommen zur Personenfreizügigkeit nicht gekündigt werden sollen. 63 Prozent wünschen sich ausdrücklich, dass die Schweiz nicht mehr zum alten System mit den Personenkontingenten zurückkehrt, was wohl im Wesentlichen auf den daraus resultierenden, von den KMU nicht erwünschten, hohen Bürokratieaufwand zurückzuführen ist. Trotzdem fordern rund vier Fünftel der KMU-Führungskräfte Verbesserungen bei den flankierenden Massnahmen.

Angesichts der Überlastung der Verkehrsinfrastruktur befürworten drei Viertel das Verursacherprinzip, 59 Prozent möchten eine stärkere Kostenbeteiligung der Nutzenden des Schienenverkehrs. Schliesslich äussern zwei Drittel der Befragten den Wunsch, dass bei der Raumplanung vermehrt Rücksicht auf Wirtschaftsinteressen genommen wird.

Nicht sonderlich populär ist in der Chefetage der Deutschschweizer KMU die eidgenössische Initiative «Masseneinwanderung stoppen». Das Volksbegehren der SVP strebt eine Wiedereinführung von Personenkontingenten sowie den Vorrang der Schweizer bei der Arbeitssuche an. Dies müsste zu Neuverhandlungen des Personenabkommens mit der EU führen. Zwei Drittel der Befragten sind mit der Initiative nicht einverstanden.

Gestützt auf diese Ergebnisse setzt sich der sgV weiterhin für die Personenfreizügigkeit ein: Sie begünstigt einen dynamischen Markt in dem eine Antwort auf den Fachkräftemangel gefunden werden kann, denn schliesslich will die Schweiz Güter exportieren, nicht Jobs.

(sgv)

## Buchpreisbindung kommt vors Volk

Die Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen werden am 11. März 2012 über das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung (BuPG) abstimmen. Der Abstimmungskampf für die Preisbindung wird unterstützt von den Autorinnen und Autoren der Schweiz (AdS) und zahlreichen andern Kulturschaffenden, von Politikerinnen und Politikern fast aller Parteien, der Schweizerischen Konsumentenstiftung und vielen anderen mehr.

### Vorgeschichte:

Am 5. Juli haben die Gegner der Buchpreisbindung das Referendum eingereicht. Der Kampf gegen das von National- und Ständerat im März verabschiedete Gesetz dient einzig den Partikularinteressen von Buchdiscountern wie etwa Ex Libris. In einem vollständig deregulierten Buchmarkt sind die Verlierer Schweizer Autorinnen und Autoren, Verlage und der Buchhandel – und damit die Leserinnen und Leser, die heute von einem breiten Angebot an Büchern und Buchhandlungen mit einem qualitativ hochstehenden Service profitieren. Die Schweizer Buchbranche wird sich in der kommenden Volksabstimmung geschlossen für den Schutz der kulturellen Vielfalt, einen starken «Service public» und für faire Buchpreise einsetzen.

Die Argumente der Buchpreisbindungsgegner halten einer seriösen Überprüfung nicht stand:

- **Stichwort «staatlich diktierte Buchpreise» und «Buchkartell»:** In kaum einer andern Branche findet so viel Wettbewerb statt wie im Buchmarkt. Jedes Jahr werden allein im deutschsprachigen Raum über 100 000 neue Titel publiziert. Verlage positionieren sich über Themen und unterschiedliche Preissegmente. Sie legen einen Preis für den Handel fest (wie beispielsweise auch die Zeitungen) und nicht der Staat. Eine Konkurrenz über Inhalte führt zu Kreativität, Innovation und Vielfalt – ein reiner Preiswettbewerb des Handels stärkt die Marktmacht von Konzernen und Discountern und damit die Tendenz zur Monokultur des Mainstreams.
- **Stichwort «Schaden für kleine Buchhandlungen»:** Die Behauptung, die Preisbindung würde den kleineren und mittleren Buchhandlungen schaden, ist absurd. Die überwältigende Mehrheit der Buchhandlungen (hauptsächlich kleine und mittlere), aber auch Verlage sowie Autorinnen und Autoren stehen hinter der Preisbindung. In der ganzen Schweiz hat ausser Ex Libris nur ein einziges Unternehmen von über 500 Buchhandlungen aktiv Unterschriften gesammelt.

- **Stichwort «weltfremde Online-Regelung»:** Auch hier strafen die Fakten die Preisbindungs-Gegner in der Schweiz Lügen. In sämtlichen Nachbarländern, in die unsere drei sprachregionalen Buchmärkte integriert sind, gilt die Preisbindung auch für den Onlinehandel und wird von den Internethändlern eingehalten.
- **Stichwort «Schröpfen der Konsumenten»:** Bücher sind ein preiswertes Produkt – dies auch dank der Preisbindung. Ein E-Book oder Taschenbuch ist meist günstiger als ein Kinobesuch; ein gebundenes, schön gestaltetes Hardcover kostet seit Jahren um die 30 Franken. Kommt dazu, dass der Schweizer Buchhandel in den vergangenen Monaten – im Gegensatz zu vielen andern Branchen – die Preisvorteile durch den tiefen Eurokurs regelmässig an Kunden weitergegeben und die Preise gesenkt hat.

(sbvv)

## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	101,4	100,8	100,3	100,1	99,9	99,8	99,8	99,9	100,1	99,6	99,6	99,7
<b>2010</b>	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
<sup>1</sup>	-0,1%	+0,5 %	+0,4 %	+0,1 %	-0,4	-0,5	-0,6	-1,9	-2,0	-1,8	-2,4	-2,3

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	101,7	101,0	100,6	100,6	100,3	100,3	100,1	100,1	100,2	99,8	99,7	99,9
<b>2010</b>	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	100,9	100,5	99,7	99,2	98,9	99,0	99,2	99,5	99,8	99,4	99,5	99,5
<b>2010</b>	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
<b>2011</b>	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2009</b>	98,4	98,6	98,3	99,1	99,3	99,5	98,8	98,9	98,9	99,5	99,7	99,5
<b>2010</b>	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
<b>2011</b>	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
<sup>1</sup>	+0,3	+0,5	+1,0	+0,3	+0,4	+0,6	+0,5	+0,2	+0,5	-0,1	-0,5	-0,7

2008 <sup>2</sup>	2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2011						
			Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.

### Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		2008 <sup>2</sup>	2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011	2011
		99,5	99,0	99,7	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3	
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	<b>Totalindex</b>	99,5	99,0	99,7	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3	
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103	102,8	101,6	99,8	99,0	98,5	97,5	97,1	96,0	96,2	
	Alkoholische Getränke und Tabak	95,6	98,2	99,4	101,5	101,5	101,8	97,5	101,4	101,7	101,0	
	Bekleidung und Schuhe	90	92,1	93,2	99,4	87,3	85,7	93,9	96,4	96,5	93,3	
	Wohnen und Energie	98	96,9	99,3	101,6	101,3	101,1	101,5	101,7	102,3	102,4	
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	99,7	100,5	100,1	98,8	98,2	97,9	98,9	98,0	98,3	98,4	
	Gesundheitspflege	100,3	100,7	100,4	100,4	100,4	100,2	100,1	100,1	100,1	100	
	Verkehr	100,4	97,1	99,4	101,8	100,9	100,5	100,4	99,3	97,4	97,4	
	Nachrichtenübermittlung	106,7	101,5	100,0	99,6	99,5	100,7	100,7	100,4	100,3	100,3	
	Freizeit und Kultur	103,3	102,7	100,5	97,9	97,5	96,5	96,6	96,2	96	95,2	
	Erziehung und Unterricht	96,3	97,8	98,9	100	100	100	100,7	100,7	100,7	101,6	
	Restaurants und Hotels	97,6	99,2	100,1	101,7	101,6	101,6	101,4	101,3	101,2	101,4	
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,4	98,9	100,2	100,3	100,4	100,8	100,3	100,0	100,0	100,1		
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	98,0	99,2	99,8	100,6	100,5	100,4	100,3	100,2	100,2	100,2	
	Auslandgüter	103,4	98,6	99,4	100,3	97,6	96,6	97,9	97,9	97,4	96,7	
	Waren	101,9	99,1	99,8	100,3	98,4	97,7	98,4	98,2	97,7	97,4	
	Dienstleistungen	97,8	99,0	99,7	100,7	100,6	100,6	100,6	100,6	100,7	100,6	

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

## Was vom alten Jahr übrig bleibt

Die erste Ausgabe im neuen Jahr erlaubt wohl noch einmal die Frage, was denn vom letzten übrig bleibt. Was für ein turbulentes Jahr es doch war. Eine Schlagzeile jagte die andere, von Ruhe keine Spur. Klar, was vergangen ist, könnte man, wie die Engländer sagen, als «water under the bridge» bezeichnen und damit abhacken. Aber so schnell geht es für einmal nicht. Das Jahr mit den grossen «K» wird uns noch lange beschäftigen. Beispiele gefällig: **K**onflikte, **K**rise, **K**atastrophen, **K**ernenergie, **K**redite, **K**weku, **K**apitalmärkte, **K**urse, **K**onjunkturpaket, **K**artellgesetz, **K**onsum, **K**onkordanz... Jedermann kann sich unter den Stichworten sehr rasch einiges vorstellen und das Jahr im Geiste vorüberschweifen lassen.

Angefangen hat es mit dem arabischen Frühling, der wohl eher zum von Wolken bedeckten Herbst verkommt. Fortgesetzt wurde es mit dem Atomunfall in Fukushima, der Euro-Krise mit der Kreditschwemme, den ständigen Unsicherheiten auf den Geldmärkten, der Frankenstärke mit dem fixen Wechselkurs, dem Wertschriftenhändler Kweku Adoboli mit seinen 2,3 Milliarden Spekulationsverlusten, den verunsicherten, preisbewussten Verbrauchern und dem medialen theatrale Bundesratsspektakel. Alle Ereignisse zeigen tief gelegte Spuren. Überall steckt nachhaltiges Potenzial für grosse Veränderungen drin, die uns wirtschaftlich, politisch wie gesellschaftlich noch einige Zeit stark berühren werden. Nehmen wir zwei Beispiele.

Die Rettung des Euro steht noch in den Sternen. Immer neue Szenarien wollen uns aufzeigen, wie die gemeinsame Währung unserer Nachbarn überleben kann. Ob es eine Lösung ist mit oder ohne Griechenland, mit einem Austritt Deutschlands, einer Aufteilung in Nord- und Süd-Euro, einer Fiskal- oder Transferunion, einer umfassenden Umschuldung oder einem Rettungsschirm, jede davon zeigt Gewinner und Verlierer. Die Argumente dafür oder dagegen folgen dann immer auch der jeweiligen Position. Wenn wir uns als nicht Mitglied der EU freuen über die Schulden- und Vertrauenskrise und deren Untergang prophezeien, kann dies sehr rasch in ein bitteres Klagen kippen. Wir hängen mitten drin. In einer vernetzten, global agierenden Wirtschaftswelt kann ein Exportland den wirtschaftlichen Turbulenzen nicht entkommen. Erste Anzeichen der rückläufigen Konjunktur sind bereits spürbar, und die Chefs grosser Unternehmen sehen schwarz für das angefangene Jahr. Der überbewertete Franken zeigt seine ersten Spuren. Auch bei unserem Amt für Arbeit wird die Anfrageliste nach Kurzarbeit immer länger. Ob die Nationalbank die Rettung mit einem höheren Wechselkurs alleine bringen kann, ist offen. Helfen würde aber eine Herstellung der Kaufkraftparität auf alle Fälle.

Beschäftigen werden uns aber auch die politischen Veränderungen im nördlichen Afrika. Der Andrang von Flüchtlingen reisst nicht ab und unsere Aufnahmekapazitäten sind voll ausgelastet. Die meisten der Ankommenden suchen hier Arbeit und nicht Schutz, einige sind zudem gewaltbereit und unanständig. Dies ist ärgerlich. Hätten wir nicht die Möglichkeit, über das Dublin Abkommen rund 70 % an die Eurostaaten abzugeben, sähe die Lage noch viel prekärer aus. Ärgerlich aber auch, dass diese Asylsuchenden die ganze Migration generell belasten. Denn ohne Zuwanderungsmöglichkeiten von Fachkräften kann unsere Wirtschaft nicht auf diesem hohen Niveau mithalten. Diese Türen müssen auch in Zukunft offen bleiben.

Die zwei Beschreibungen zeigen die Abhängigkeiten und Problemfelder, in denen wir uns bewegen. So kann das neue Jahr allenfalls zum Jahr der «H» werden, «H» wie Herausforderung, Handlungen, Hilfen oder vor allem Hoffnung. Gehen wir es folglich mit dem notwendigen Respekt an und freuen uns an den gut gelungenen Taten.

*Kurt Zibung, Regierungsrat*

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**PVA AG, Böden Holzwerkstoffe,**  
**Talstrasse 8, 8852 Altendorf**  
**[www.pva.ch](http://www.pva.ch)**

<b>Nr.</b>	<b>Datum</b>	<b>Sponsor</b>			
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küssnacht am Rigi	431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz- und Einbrennlackierwerk, Zürcherstrasse 106, 8852 Altendorf
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen	432	24.11.2011	A. Betschart's Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen	433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER, Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon / SZ
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon	<b>434</b>	<b>26.01.2012</b>	<b>PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf</b>
428	23.06.2011	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen	436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz	437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
			438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach